S 30 U 197/16

Leitsätze

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Hessisches Landessozialgericht

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Regress

Sofortmeldung Schwarzarbeit

Betrieb des Baugewerbes

1) Eine rechtzeitig nach § 28a Abs. 1 Nr. 1 SGB IV erstattete Regelmeldung macht die Sofortmeldung nach § 28a Abs. 4 SGB IV nicht entbehrlich. Ebenso wenig ersetzt umgekehrt die Sofortmeldung die Regelmeldung. Die Sofortmeldung ist

zusätzlich zu erstatten.

2) An der rechtlichen Qualifizierung als ein Unternehmen des Baugewerbes

ändert die Einbindung von Subunternehmen in die

Auftragsabwicklung nichts (Fortführung BSG vom 27.05.2008 – B 2 U 11/07 R). Entscheidend ist, welche Tätigkeiten dem Unternehmen das Gepräge geben und ob nach der Verkehrsanschauung, also dem nach außen tretenden Gesamteindruck der Firma, Bauleistungen oder baufremde

Verrichtungen erbracht werden.

SGB VII § 110 Abs. 1a

SGB IV <u>§ 28a Abs. 4</u> SchwarzArbG § 1 SGB III <u>§ 101 Abs. 2</u>

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 30 U 197/16 Datum 24.07.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 9 U 170/19 Datum 05.10.2020

3. Instanz

Datum

I. Â Die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Darmstadt vom 24. Juli 2019 wird zurückgewiesen.

II. Â Die Klägerin trägt auch die Kosten des Berufungsverfahrens.

III. Â Â Die Revision wird nicht zugelassen. \hat{a} \square Tatbestand

Die Beteiligten streiten um einen Aufwendungsersatzanspruch nach <u>ŧ 110 Abs. 1a</u> Sozialgesetzbuch Siebtes Buch (SGB VII). Die KlĤgerin wendet sich gegen die von der Beklagten verlangte Erstattung von Aufwendungen in HĶhe von 73.580,54 Euro, die sie fýr Verletztengeld und Heilbehandlung des Arbeitnehmers der KlĤgerin C. C. (Versicherter) erbracht hat, der am 9. November 2013 beim Reparieren eines Daches einer Lagerhalle aus drei Meter Höhe durch das Dach hindurch auf einen gepflasterten Bodenbelag gefallen war.Â

Nachdem die Beklagte durch den Durchgangsarztbericht von Prof. Dr. D. vom 18. Dezember 2013 von dem Arbeitsunfall Kenntnis erlangt hatte, stellte sie Ermittlungen zu dem VersicherungsverhĤltnis des Versicherten bei der KlĤgerin an. Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) Hessen teilte der Beklagten dazu unter dem 24. April 2014 mit, dass Herr C. vom 23. April 2012 bis 30. September 2013 durch die KlĤgerin als geringfĽgig BeschĤftigter, seit dem 1. Oktober 2013 im Rahmen eines voll sozialversicherungspflichtigten BeschĤftigungsverhĤltnisses gemeldet sei. Die DRV Bund teilte der Beklagten auf deren Anfrage vom 19. Dezember 2013 mit Mail vom 15. Januar 2014 mit, dass eine Sofortmeldung des BeschĤftigungsverhĤltnisses nach ŧ 28a Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV) nicht vorliege. Fľr den Versicherten seien überhaupt keine Sofortmeldungen vorhanden.

Den von der Beklagten am 30. November 2013 angeforderten Lohnnachweis fÃ 1 /₄r das Jahr 2013 legte die KlÃ x gerin nicht innerhalb der gesetzlichen Frist von sechs Wochen nach Ablauf des Kalenderjahres ($\frac{\hat{A}\S 165 \text{ Abs. 1 SGB VII}}{1.56,80 \text{ Euro.}}$) vor. Nach AnhÃ x 1 das Jahr 2013 gemÃ x 4 das Jahr 2013 gemÃ x 4 das Jahr 2013 gemÃ x 5 des 1.156,80 Euro.

Die AOK â□□ Die Gesundheitskasse in Hessen â□□ teilte der Beklagten mit Schreiben vom 29. Januar 2015 mit, dass von der Klägerin eine Entgeltmeldung für den Versicherten vom 1. Oktober 2013 bis 21. Dezember 2013 in Höhe von 6.359,00 Euro bei 210 Arbeitsstunden erfolgt sei.Â

Nach Anhörung der Klägerin erlieÃ∏ die Beklagte unter dem 24. Juli 2015 einen

Bescheid wegen Haftung auf Erstattung der Aufwendungen nach § 110 Abs. 1a SGB VII und verpflichtete die KlĤgerin, ihr als zustĤndigem UnfallversicherungstrĤger für den Versicherungsfall des Versicherten vom 9. November 2013 die bis zum 26. Juni 2015 entstandenen und verauslagten Aufwendungen in Höhe von 73.580,54 Euro und auch die weiteren zukünftig entstehenden Aufwendungen zu erstatten. Durch die nicht erfolgte Sofortmeldung nach <u>§ 28a SGB IV</u> habe die KIägerin Schwarzarbeit gemäÃ∏ § 1 Abs. 2 Nr. 1 SchwarzarbeitsbekĤmpfungsgesetz (SchwarzArbG) erbracht, da die KlĤgerin als Unternehmerin die sich ihr aufgrund der Dienst- bzw. Werkleistung ergebende sozialversicherungsrechtliche Meldepflicht nicht erfļllt habe. Des Weiteren werde gemÃxÃ∏ § 110 Abs. 1a Satz 2 SGB VII aufgrund der nicht rechtzeitigen Sofortmeldung kraft Gesetz vermutet, dass BeitrÄxge nach dem 6. Kapitel des SGB VII, d. h. zur gesetzlichen Unfallversicherung, nicht, nicht in der richtigen HĶhe oder nicht rechtzeitig entrichtet worden seien. Nach <u>§ 110 Abs. 1a SGB VII</u> sei die KlĤgerin verpflichtet, den UnfallversicherungstrĤgern die Aufwendung, die diesen infolge von VersicherungsfĤllen bei Schwarzarbeit entstanden sind, zu erstatten. Aufgrund des Versicherungsfalles des Versicherten seien bisher Aufwendungen in Höhe von 73.580,54 Euro entstanden. Der sich aus § 110 Abs. 1a SGB VII ergebende Regressanspruch beziehe sich auf Erstattung der bisherigen und auch zukünftigen Aufwendungen. Mit Schreiben vom 10. September 2015 forderte die Beklagte die Klägerin unter Hinweis auf die eingetretene â∏∏Rechtskraftâ∏∏ des Bescheides vom 24. Juli 2015 zur Begleichung der Forderung bis zum 18. September 2015 auf. Unter Beifügung eines ärztlichen Attestes und auch einer eidesstaatlichen Versicherung des GeschĤftsführers E. vom 28. September 2015 erhob der VerfahrensbevollmÄxchtigte der KlÄxgerin unter dem 28. September 2015 â∏Einspruchâ∏∏ gegen den Bescheid vom 24. Juli 2015 und beantragte unter Hinweis auf die Ĥrztlich dokumentierte Herzerkrankung des GeschĤftsfļhrers der KlĤgerin mit stationĤrem Krankenhausaufenthalt vom 2. Juli 2015 bis 10. Juli 2015 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Zur Begründung des Rechtsbehelfs wurde eine ordnungsgemĤÃ∏e Meldung des Versicherten bei der Rentenversicherung behauptet und als Nachweis die Lohnabrechnung für den Monat November 2013 vorgelegt.Â

Nachdem eine von der DRV Hessen im November 2015 durchgeführte Betriebsprüfung ergeben hatte, dass für das Jahr 2013 von der Klägerin Entgelte in Höhe von 46.023,00 Euro zu wenig berücksichtigt worden waren, änderte die Beklagte die von der Klägerin für das Jahr 2013 zu zahlenden Beiträge mit Beitragsbescheid vom 21. Dezember 2015 und setzte diese neu auf 4.190,99 Euro fest.Â

Mit Bescheid vom 22. Januar 2016 gewährte die Beklagte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. In der Sache lieà die Klägerin noch ergänzend vortragen, dass der Versicherte am Unfalltag angemeldet und versichert gewesen sei und keine Schwarzarbeit, weder am Firmengelände noch irgendwo anders, erbracht habe, weshalb die erhobenen Regressansprüche nicht berechtigt seien und jeglicher Grundlage entbehrten.Â

Den Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 22. September

2016 zurück. Das Vorbringen im Widerspruchsverfahren ändere an der Rechtslage nichts. Die vorgelegte Lohnabrechnung fýr den Monat November 2013 führe nicht zu einer Vermutungswiderlegung, da sich hieraus keine Erkenntnisse dahingehend ableiten lie̸en, dass die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung rechtzeitig und in richtiger Höhe abgeführt worden seien. Entscheidende Bedeutung komme dem Umstand zu, dass die KlĤgerin den Lohnnachweis 2013 nicht eingereicht habe und ihr Beitrag für das Jahr 2013 mit Bescheid vom 25. April 2014 habe eingeschĤtzt werden müssen. Es müsse daher bei der Vermutung verbleiben, dass BeitrÄxge nicht, nicht rechtzeitig oder nicht in richtiger Höhe abgeführt worden seien. Weder der bisherige Vortrag der KlĤgerin noch die durchgefļhrten Ermittlungen hĤtten ein anderes Bild ergeben. Unschlļssig bleibe insbesondere, dass die AOK Hessen mit Schreiben vom 29. Januar 2015 mitgeteilt habe, dass die KlĤgerin für den Versicherten im Zeitraum vom 1. November 2013 bis 21. Dezember 2013 ein Unfallversicherungsentgelt in HA¶he von 6.359,00 Euro bei 210 Arbeitsstunden als Meldung nach <u>§ 28a Abs. 2 SGB IV</u> abgegeben habe (= 30,28 pro Stunde), während auf der von der Klägerin eingereichten Lohnabrechnung für November 2013 ein Stundenlohn von 13,90 Euro ausgewiesen sei.

Mit Klage vom 20. Oktober 2016 hat sich die Klägerin gegen den Aufwendungsersatzanspruch gewandt. Warum die Beklagte von Schwarzarbeit ausgehe, sei nicht erklärlich. Die erforderliche Sofortmeldung sei abgegeben worden. Die angeblich anderslautende Mitteilung der DRV Bund sei nicht nachvollziehbar. Zur Bekräftigung ihres Vorbringens legte die Klägerin die Lohnabrechnungen des Versicherten aus dem Jahre 2013 und einen Versicherungsverlauf der DRV Hessen vom 10. November 2016 vor, aus dem sich eine geringfù⁄4gige Beschäftigung des Versicherten vom 23. April 2012 bis 31. Dezember 2012, ein reguläres sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis vom 1. Januar 2013 bis 21. Dezember 2013 und der Bezug von Entgeltersatzleistungen ab dem 22. Dezember 2013 ergeben.Â

Das Sozialgericht hat die Klage mit Urteil vom 24. Juli 2019 abgewiesen. Unter Hinweis auf die Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 14. April 2015 (Az.: VI ZB 50/14) hat es zunĤchst den Rechtsweg zu der Sozialgerichtsbarkeit fĽr erĶffnet erachtet. Die Klage sei jedoch unbegrĽndet, die Voraussetzungen fĽr den Regressanspruch nach <u>§ 110 Abs. 1a SGB VII</u> lĤgen vor. Bei der KlĤgerin handele es sich um einen Betrieb des Baugewerbes, so dass die Pflicht zur Sofortmeldung nach <u>§ 28a Abs. 4 SGB IV</u> bestehe. Ausweislich der Auskunft der

DRV Bund habe die KlĤgerin jedoch fĽr den verunfallten Arbeitnehmer C. C. keine Sofortmeldung abgegeben. Ob die KlÄzgerin hinsichtlich der unterbliebenen Sofortmeldung ein Verschulden treffe, sei nicht relevant. Aufgrund des Meldeversto̸es greife der Vermutungstatbestand der nicht ordnungsgemäÃ∏en Beitragsentrichtung ein. Die spĤtere Ã∏berprüfung im Rahmen des Klageverfahrens habe ergeben, dass die Klägerin die Beiträge auch tatsägchlich nicht rechtzeitig in der richtigen HA¶he erbracht habe, sodass die Vermutung der Schwarzarbeit nicht habe widerlegt werden kA¶nnen. Die KlA¤gerin habe entgegen ihrer Verpflichtung aus <u>§ 165 Abs. 1 SGB VII</u> den Lohnnachweis für 2013 nicht bis zum 11. Februar 2014 eingereicht. Das von der Beklagten daraufhin nach § 165 Abs. 3 SGB VII geschÃxtzte Entgelt habe 11.000,00 Euro betragen. Basierend auf dieser Schärtzung habe die Beklagte zunärchst den Bescheid vom 25. April 2014 erlassen und einen Gesamtbeitrag in HA¶he von 1.156,80 Euro festgesetzt, der bis zum 15. Mai 2014 fÃxllig gewesen sei. Der geÃxnderte Beitragsbescheid für das Jahr 2013 vom 21. Dezember 2015 sei ergangen, nachdem die Beklagte durch ein Schreiben der DRV vom 21. Dezember 2015 Kenntnis von einer Betriebsprüfung bei der KlĤgerin erhalten habe, bei der u. a. festgestellt worden sei, dass für das Jahr 2013 Entgelte in Höhe von 46.023,00 Euro zu wenig berücksichtigt worden seien. HÃxtte die KlÃxgerin die Entgelte in Höhe von 57.023,00 Euro pflichtgemäÃ□ bis zum 11. Februar 2014 gemeldet, wäre der Gesamtbeitrag in Höhe von 4.190,99 Euro bereits mit Bescheid vom 25. April 2014 festgesetzt worden. Damit sei bewiesen, dass die KlAzgerin die BeitrÄzge fA¼r das Jahr 2013 im Jahr 2014 nicht in der richtigen HA¶he und nicht rechtzeitig erbracht habe. Die nachgeholten Zahlungen beziehungsweise die vorliegend durch das Hauptzollamt eingetriebenen Beiträge auf den geänderten Beitragsbescheid lieÃ∏en die Voraussetzungen des § 110 Abs. 1a SGB VII nicht entfallen.Â

Gegen die ihr am 26. September 2019 zugestellte Entscheidung hat die KlĤgerin am 18. Oktober 2019 Berufung bei dem Hessischen Landessozialgericht angebracht. Zur Begründung rügt sie die fehlerhafte Rechtsanwendung bzw. eine Rechtsverletzung. Das erstinstanzliche Gericht gehe unzutreffend davon aus, dass keine erforderliche Sofortmeldung bezüglich des Versicherten abgegeben worden sei und Schwarzarbeit vorliege. Die KlÄzgerin sei ihrer sozialversicherungsrechtlichen Meldeverpflichtung nachgekommen. Die Rentenversicherung bestÄxtige jedoch seine lļckenlose Anmeldung. Schwarzarbeit liege demnach nicht vor. Auch habe die Klägerin die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung ordnungsgemĤÃ∏ bezahlt, auch für den verunfallten Arbeitnehmer. Nicht gewürdigt worden sei zudem, dass der Anmeldung bei der Einzugsstelle gemĤÄ∏ § 28a Abs. 1 SGB IV nachgekommen worden sei. Der Gesetzgeber habe ausdrA1/4cklich nicht geregelt, dass diese Meldung nicht gleichzeitig auch als Meldung nach <u>§ 28a Abs. 4 SGB IV</u> gelten könne, was tatsächlich der Fall sei. Eine Sofortmeldung diene dem Zweck der Erfassung von neuen BeschĤftigungsverhĤltnissen und erledige sich, sobald die Meldungen an die Einzugsstelle rechtzeitig erfolgt sei. Bestritten werde im ̸brigen, dass die Klägerin den â∏Lohnnachweisâ∏ nicht bis zum 11. Februar 2014 eingereicht habe und daher eine â∏Einschätzungâ∏ nach § 165 Abs. 3 SGB VII â∏hinsichtlich des Arbeitnehmersâ∏ habe erfolgen müssen. Auch handle es sich bei dem Gewerbe der KlĤgerin um keinen Betrieb des Baugewerbes im Sinne von

§ 101 Abs. 2 SGB Drittes Buch. Im Streitjahr 2013 habe die Klägerin mit ihrem Betrieb arbeitszeitlich nicht überwiegend baugewerbliche Leistungen erbracht. Es sei mit mehr als 50 % die Durchführung von Werkverträgen durch verschiedene Subunternehmen zu kontrollieren gewesen. Es habe sich insoweit um baufremde Tätigkeiten gehandelt. Bestritten werde schlieÃ□lich auch die Forderung der Höhe nach; auch werde die Einrede der Verjährung erhoben.

Die KlĤgerin beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Darmstadt vom 24. Juli 2019 und den Bescheid der Beklagten vom 24. Juli 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22. September 2016 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄ1/4ckzuweisen.

Das angefochtene Urteil lasse keine fehlerhafte Rechtsanwendung bzw. Rechtsverletzung erkennen. Eine Sofortmeldung nach <u>§ 28a Abs. 4 SGB IV</u> sei nach der Mitteilung der DRV Bund nicht erfolgt. Schwarzarbeit sei gemäÃ∏ <u>§ 110 Abs.</u> 1a Satz 2 SGB VII zu vermuten. Die Vermutung kA¶nne die KlA¤gerin nicht widerlegen. Durch die Bescheide vom 25. April 2014 und vom 21. Dezember 2015 sei bewiesen, dass die BeitrĤge für das Unfalljahr nicht in der richtigen Höhe und nicht rechtzeitig erbracht worden seien. Die KlĤgerin verkenne, dass die Meldung nach § 28a Abs. 1 SGB IV nicht die Sofortmeldung nach § 28a Abs. 4 SGB IV ersetze. Unter Hinweis auf diverse die KlĤgerin betreffende Unterlagen, u. a. Auszüge aus dem Handelsregister, Gewerbeanmeldungen, GesellschaftsvertrĤge und Baustellenbegehungen durch Mitarbeiter ihrer PrÄxventionsabteilungen im September, Oktober und Dezember 2013 geht die Beklagte weiterhin davon aus, dass die KlĤgerin entsprechend der mit Bescheid vom 8. Juni 2011 erfolgten unangefochten Veranlagung nach der Gefahrtarifstelle 100, Gewerbezweig â∏Errichten von Bauwerken des Hoch- und Tiefbausâ∏∏ überwiegend Bauleistungen erbracht hat und es sich bei ihr um ein Unternehmen des Baugewerbes handelt. Hierfür sprÃxchen auch die Ermittlungen des Hauptzollamtes Darmstadt (Schlussbericht vom 7. Juli 2017). Auch habe eine Betriebsprå¼fung der Beklagten im Steuerbå¼ro der Klå¤gerin få¼r den Zeitraum von Januar und Februar 2014 ergeben, dass diverse Zimmerer- und Dachdeckerarbeiten in Rechnung gestellt worden seien. Hinweise darauf, dass die Tätigkeit der Klägerin sich von 2013 bis 2014 und in den Folgejahren geändert habe, ergeben sich nicht. Schlie̸lich sei auch die Vermutungsregelung des § 101 Abs. 3 SGB III zu beachten.Â

Wegen der weiteren Einzelheiten zum Sachverhalt und zu dem Vorbringen der Beteiligten im ̸brigen wird auf die Verwaltungsakte der Beklagten und auf die Gerichtsakten Bezug genommen.Â

Entscheidungsgründe

Gestýtzt auf den Beschluss des BGH vom 14. April 2015 (Az.: VI ZB 50/14) geht auch der Senat davon aus, dass es sich bei § 110 Abs. 1a SGB VII um einen öffentlich-rechtlichen Regressanspruch handelt, für den der Rechtsweg zu den Sozialgerichten gemÃxÃÂ § 51 Abs. 1 Nr. 3 SGG gegeben ist. Mit Blick auf die Rechtswegbindung nach § 202 Satz 1 Sozialgerichtsgesetz (SGG) i. V. m. § 17a Abs. 1 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) kommt es hierauf jedoch nicht an.

Die zulĤssige Klage ist unbegründet. Das Sozialgericht hat die Klage zu Recht und auch mit zutreffender Begründung abgewiesen. Der Bescheid der Beklagten vom 24. Juli 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22. September 2016 ist rechtmäÃ□ig. Die Beklagte hat gegen die Klägerin einen Anspruch auf Erstattung ihrer bisher aufgrund des Arbeitsunfalles vom 9. November 2013 für den Versicherten erbrachten Aufwendungen in Höhe von 73.580,54 Euro und auch der zukünftig noch entstehenden Aufwendungen hierfür.

Rechtsgrundlage hierfÃ $\frac{1}{4}$ r ist Â $\frac{\$}{4}$ 110 Abs. 1a SGB VII. Nach dieser Vorschrift haben Unternehmer, die Schwarzarbeit nach Â $\frac{\$}{4}$ 1 SchwarzArbG erbringen und dadurch bewirken, dass BeitrÃ $^{\alpha}$ ge nach dem 6. Kapitel nicht, nicht in der richtigen HÃ $^{\alpha}$ he oder nicht rechtzeitig entrichtet werden, den UnfallversicherungstrÃ $^{\alpha}$ gern die Aufwendungen zu erstatten, die diesen infolge von VersicherungsfÃ $^{\alpha}$ llen bei AusfÃ $^{\alpha}$ hrung der Schwarzarbeit entstanden sind. Eine nicht ordnungsgemÃ $^{\alpha}$ Pe Beitragsentrichtung wird vermutet, wenn die Unternehmer die Personen, bei denen die VersicherungsfÃ $^{\alpha}$ lle eingetreten sind, nicht nach Â $^{\alpha}$ 28a SGB IV bei der Einzugsstelle oder der Datenstelle der TrÃ $^{\alpha}$ ger der Rentenversicherung angemeldet hatten.Â

Schwarzarbeit im Sinne des \hat{A} § 1 Abs. 2 Nr. 1 SchwarzArbG liegt bei der Nichterfý llung von sozialversicherungsrechtlichen Beitragspflichten vor. Eine nicht ordnungsgemÃ α A α e Beitragsabfý hrung und damit das Vorliegen von Schwarzarbeit wird nach \hat{A} § 110 Abs. 1a Satz 2 SGB VII vermutet, wenn die nach \hat{A} § 28a SGB IV vorgeschriebene Meldung unterblieben ist. Ob den Unternehmer ein Verschulden trifft, ist dabei jedenfalls bezü glich des Unterlassens der Meldung ohne Belang (Hillmann in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VII, 2. Aufl., \hat{A} § 110 SGB VII \hat{A} 0 Stand: 15.03.2014 -, Rn. 23).

 \hat{A} \$ 28a SGB IV normiert eine Vielzahl von Meldepflichten. Nach dem dortigen Abs. 1 hat ein Arbeitgeber oder ein anderer Meldepflichtiger innerhalb der sich aus \hat{A} \$ 28c Abs. 1 Nr. 1 SGB IV i. V. m. \hat{A} \$ \hat{A} \$ 6 ff. der Verordnung \hat{A} ½ber die Erfassung und \hat{A} Dermittlungen von Daten f \hat{A} ¼r die Tr \hat{A} xger der Sozialversicherung (DE \hat{A} DV) ergebenden Fristen Meldungen zu erstatten, die gesetzlich Versicherte in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung bzw. nach dem Recht der Arbeitsf \hat{A} ¶rderung betreffen (sog. Regelmeldung). Die Meldepflicht betrifft dabei sowohl Besch \hat{A} xftigte (\hat{A} \$ 7 SGB IV), die kraft Gesetzes der Versicherungs- oder Beitragspflicht in den vorbezeichneten Zweigen der gesetzlichen Sozialversicherung unterliegen (\hat{A} \$ 3 DE \hat{A} DV), als auch geringf \hat{A} ½gig Besch \hat{A} xftigte (\hat{A} \$ 13 DE \hat{A} DV). Dass die Kl \hat{A} xgerin der Meldeverpflichtung nach \hat{A} \$ 28a Abs. 1 SGB IV nachgekommen ist, ist zwischen den Beteiligten nicht streitig. \hat{A}

Verletzt hat die Klägerin jedoch die sich für sie darüber hinaus â∏ zusätzlich â∏ aus § 28a Abs. 4 SGB IV ergebende, inhaltlich strengere weitere Meldeverpflichtung. Nach dieser am 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Regelung sind Arbeitgeber bestimmter Wirtschaftsbereiche oder -zweige verpflichtet, den Tag des Beginns eines Beschäftigungsverhältnisses bei dessen Aufnahme an die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung zu melden. Die Meldung hat gem. § 28a Abs. 4 Satz 1 SGB IV sofort zu erfolgen, spätestens bei der Aufnahme der Beschäftigung (§ 7 DEÃ∏V). Ziel dieser so genannten Sofortmeldung ist es, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung zu bekämpfen, eine fehlende Sofortmeldung gilt als Indiz fþr Schwarzarbeit (BT-Drs. 16/10488, S. 15).Â

Entgegen der Auffassung der KlÄzgerin macht eine rechtzeitig nach § 28a Abs. 1 Nr. 1 SGB IV erstattete Regelmeldung die Sofortmeldung dabei nicht entbehrlich: Ebenso wenig ersetzt umgekehrt die Sofortmeldung nach Absatz 4 a. a. O die Regelmeldung. Die Sofortmeldung ist vielmehr zusÄxtzlich zu erstatten (BT-Drucks. 16/10488 S. 15; Sehnert in: Hauck/Noftz, SGB, 12/19, § 28a SGB IV, Rn. 20). Dies ergibt sich neben der Gesetzesbegründung auch daraus, dass die Meldeverpflichtungen nach den Meldeinhalten, den MitteilungsempfĤngern, den Rechtsfolgen und auch in zeitlicher Hinsicht differieren (so auch OLG KA¶In vom 14. August 2015 â∏∏ III-1 RBs 219/15). Die mitteilungspflichtigen Daten für die Regelmeldung nach § 28a Abs. 1 SGB IV ergeben sich aus Abs. 3 der Vorschrift. Sie sind umfassender als diejenigen des Abs. 4 a. a. O. und haben gegenüber der Einzugsstelle zu erfolgen. Erst auf ihrer Grundlage werden sozialversicherungspflichtige BeitrĤge erhoben. Die Meldung nach § 28a Abs. 4 SGB IV betrifft dagegen lediglich bestimmte, erfahrungsgemäÃ∏ von Schwarzarbeit besonders betroffene Wirtschaftszweige und dient der (Erst-)Erfassung der BeschĤftigungsverhĤltnisse. Sie hat gem. § 6 DEÃ∏V gegenýber der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung zu erfolgen, damit der Eintrag in die dortige Stammsatzdatei erfolgen kann. Gem. § 6 DEÃ∏V ist der Beginn einer versicherungspflichtigen BeschĤftigung (erst) mit der ersten folgenden Lohn- und Gehaltsabrechnung, spĤtestens innerhalb von sechs Wochen nach ihrem Beginn, zu melden ist. Die Sofortmeldung hat gem. § 7 DEÃ∏V indes spĤtestens bei BeschĤftigungsaufnahme zu erfolgen.Â

Bei der KlĤgerin handelt es sich um eine im Baugewerbe tĤtige Firma, die nach § 28a Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 SGB IV der Sofortmeldeverpflichtung unterliegt. Nach § 101 Abs. 2 Satz 1 SGB III ist ein Betrieb des Baugewerbes ein Betrieb, der gewerblich überwiegend Bauleistungen auf dem Baumarkt erbringt. Bauleistungen sind dabei alle Leistungen, die der Herstellung, Instandsetzung, Instandhaltung, Ã□nderung oder Beseitigung von Bauwerken dienen (Satz 2 a. a. O.). Die Bautätigkeit überwiegt, wenn mehr als die Hälfte der betrieblichen Tätigkeit auf Bauleistungen entfäIlt.Â

Nach dem Willen des Gesetzgebers ist der Begriff der Bauleistung umfassend zu verstehen (<u>BT-Drs. VI/2689 S. 11</u>; BSG vom 15. Februar 2000 â∏ <u>B 11 AL 41/99 R</u>). Zu den Bauleistungen gehĶren alle Arbeiten, die herkĶmmlich vom Baugewerbe verrichtet werden (BSG vom 22. MĤrz 1979 â∏ <u>7/12 RAr 51/77</u>) und die â∏zur bestimmungsgemĤÄ∏en Nutzung eines Bauwerks erforderlich sindâ∏ (BSG vom

15. Februar 2000 â□□ B 11 AL 41/99 R). Angesichts der Vielfalt der im Baugewerbe anfallenden Arbeiten und der ständigen Weiterentwicklung der Bautechnik ist fþr die Qualifizierung einer Arbeit als Bauleistung auch die Verkehrsanschauung, insbesondere die Auffassung der Tarifpartner des Baugewerbes zu berücksichtigen (Gagel/Bieback, 78. EL Mai 2020, SGB III § 101 Rn. 34 m. w. N.). Der Begriff des Baugewerbes wird durch § 1 Abs. 2 Baubetriebe-Verordnung (BaubetrV) durch Bezeichnung der einzelnen (nach § 101 Abs. 1 SGB III förderungsfähigen) â□□Zweige des Baugewerbesâ□□ konkretisiert (Gagel/Bieback, 78. EL Mai 2020, SGB III § 101 Â Rn. 30).

Ausweislich des Gesellschaftervertrages vom 18. Januar 2011 und des Handelsregisterauszuges vom 8. April 2011 (Projektplanung und -entwicklung im Bauwesen, soweit keine besondere Genehmigung erforderlich ist; ferner der Ankauf, die Bebauung und der Verkauf von Immobilien) sowie der Gewerbeanmeldung vom 4. Februar 2011 (Hochbau und Dachausbau) bietet die Firma der KlĤgerin diverse hierunter fallende Arbeiten an. Mit bestandskrĤftig gewordenem Veranlagungsbescheid vom 8. Juni 2011 wurden rückwirkend ab dem 18. Januar 2011 als Unternehmensteil â∏Hochbau aller Artâ∏ und Gewerbezweig â∏Errichten von Bauwerken des Hoch- und Tiefbausâ∏ festgestellt. Ebenfalls bestandskrĤftig erfolgte mit Bescheid vom 25. November 2011 nach Verlegung des GeschĤftssitzes von F-Stadt nach A-Stadt ab dem 1. Januar 2012 die Veranlagung unter dem Gewerbezweig â∏Bauwerksbauâ∏; bei der dortigen Gewerbeanmeldung wurde der Gewerbegegenstand mit â∏Zimmerer und Dachausbau (im Dachausbau ohne handwerkliche Arbeiten), Dachdeckerarbeitenâ∏ bezeichnet.Â

Soweit die Klägerin mit der Begründung, im Jahr 2013 arbeitszeitlich nicht überwiegend baugewerbliche Leistungen erbracht zu haben, bestreitet, ein Betrieb des Baugewerbes zu sein, vermochte sich der Senat hiervon nicht zu überzeugen. Der Senat stellt dabei nicht in Abrede, dass die Klägerin neben den vorerwähnten Bauleistungen auch andere Leistungen (Kontrolle der ordnungsgemäÃ∏en Durchführung von Werkverträgen durch verschiedene Subunternehmer) erbracht hat.

An der rechtlichen Qualifizierung der Firma der KlĤgerin als ein Unternehmen des Baugewerbes Ĥndert die Einbindung von Subunternehmen in die Auftragsabwicklung nichts. Wenn auch in rechtlich anderem Kontext zu § 28e Abs. 3a Satz 1 SGB IV hat das Bundessozialgericht in seiner Entscheidung vom 27. Mai 2008 (Az.: B 2 U 11/07 R) ausgefļhrt, dass fľr die Qualifizierung eines Unternehmens als ein solches des Baugewerbes die eigene Erbringung von Bauleistungen nicht erforderlich ist. Erfasst würden auch Unternehmer, die ausschlieÄ□lich andere Unternehmerleistungen für sich ausführen lieÃ□en und bei denen dies wesentlicher Gegenstand ihrer unmittelbaren geschäftlichen Betätigung sei. Für diese Sichtweise spricht die nach der Rechtsprechung vorzunehmende, vorerwähnte umfassende Auslegung des Begriffes der Bauleistungen, nach der es keinen Unterschied machen kann, ob ein (Vor-)Arbeiter auf einer Baustelle die Durchführung von Bauarbeiten der eigenen oder einer fremden Firma kontrolliert. Entscheidend ist, welche Tätigkeiten dem

Unternehmen das GeprĤge geben und ob nach der Verkehrsanschauung, also dem nach auÄ∏en tretenden Gesamteindruck der Firma, Bauleistungen oder baufremde Verrichtungen erbracht werden. Die KlĤgerin ist ihren eigenen Angaben zufolge ausschlieÄ∏lich in der Baubranche tĤtig. AuftrĤge zur Errichtung von Bauten oder zu deren Ausbau und Fertigstellung erbringt sie durch Einsatz eigener Mitarbeiter und Beauftragung von Subunternehmern, die mit der Erstellung einzelner Leistungen oder Gewerke befasst werden. Letztverantwortlich fù¼r das Gesamtprojekt bleibt die Klägerin dabei selbst. Nach auÃ∏en tritt die Klägerin damit als ein Unternehmen des Baugewerbes in Erscheinung. Auch der Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung gebietet im Ã∏brigen ein einheitliches Verständnis, eine einheitliche Auslegung dessen, was unter einem â∏Betrieb des Baugewerbesâ∏ zu verstehen ist, jedenfalls fù¼r den Bereich des Sozialrechts. MaÃ∏geblich ist insoweit die vom BSG in dem vorzitierten Urteil vorgenommene inhaltliche Ausgestaltung. Â

Aber auch selbst wenn man die unternehmerische Qualifikation â□□ der Argumentation der Klägerin folgend â□□ von Arbeitszeitanteilen und der Annahme eines so genannten Mischbetriebes abhängig machen wollte, ergäbe sich fallbezogen kein anderes Ergebnis:Â

Bei der Feststellung, welche Art der TÄxtigkeit einem Mischbetrieb das â□□Geprägeâ□□ gibt, ist eine Arbeitszeitsaldierung vorzunehmen. Die Bauleistungen überwiegen, wenn sie im Vergleich zu den übrigen TÃxtigkeiten mehr als 50 % der Arbeitsstunden beanspruchen (BSG vom 4. März 1999 â∏ B 11/10 Al 6/98 R; BSG vom 15. Â Februar 2000 â∏ B 11 Al 41/99 R; Scholz in: Hauck/Nofts, SGB, 11/15, § 101 SGB III, Rn. 39). Bei schwankenden arbeitszeitlichen EinsÄxtzen der Arbeitnehmer ist auf den Jahreszeitraum abzustellen (BSG vom 11. März 1987 â∏∏ 10 RAr 5/85). Die Tatsache, dass Bauleistungen am Gesamtvolumen der erbrachten Leistungen nicht A¼berwiegen, ist nachgewiesen, wenn diese mit an Sicherheit grenzender, keine vernünftigen Zweifel zulassender Wahrscheinlichkeit feststeht (Mutschler/Schmidt-De Caluwe/Coseriu, SGB III A§ 101 Rn. 33, 54, 55, beck-online). Geeignet, den Nachweis zu erbringen, sind mangels diesbezüglicher gesetzlicher Vorgaben alle Mittel des Freibeweises. Wenngleich die Verpflichtung zur AufklĤrung des Sachverhalts von Amts wegen $\hat{a} \square \square$ sowohl f $\tilde{A} \frac{1}{4}$ r die Beh $\tilde{A} \P$ rde ($\frac{\hat{A} \S \hat{A} \S}{20}$, 21 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch als auch für das Gericht (§ 103 SGG) â□□ besteht, kommt dem Arbeitgeber, in dessen Sphäxre die nachzuweisenden Umstäxnde liegen, ob seines Erkenntnisvorsprunges eine besondere Mitwirkungsobliegenheit zu (Mutschler/Schmidt-De Caluwe/Coseriu, Sozialgesetzbuch III, SGB III § 101 Rn. 57, beck-online; Scholz in: Hauck/Nofts, SGB, 11/15, § 101 SGB III, Rn. 39). Dem Betrieb obliegt es insoweit, die einzelnen TÄxtigkeiten unter Angabe des arbeitszeitlichen Aufwands genau darzustellen (TÄxtigkeitsbeschreibung und Arbeitsplatzaufschlüsselung) und Nachweise darüber zu erbringen (Müller-Grune in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB III, 2. Aufl., § 101 SGB III (Stand: 16.12.2019), Rn. 42, 44, 45).

Gelingt bei einem Mischbetrieb die abschlieA

ende KlA

rung nicht, z. B. weil

Beweismittel nicht oder nicht ausreichend vorgelegt werden, wird die

A

berwiegende TA

tigkeit und damit die ZugehA

frigkeit zu einem Betrieb des

Baugewerbes nach § 101 Abs. 3 Satz 1 SGB III vermutet.Â

Erstmals im Berufungsverfahren hat die Klå¤gerin behauptet, ihre eigenen Arbeitnehmer hå¤tten mehr als die Hå¤lfte ihrer perså¶nlichen Arbeitszeit mit baufremden Tå¤tigkeiten, konkret der Kontrolle der ordnungsgemå¤å□en Durchfå¼hrung von Werkvertrå¤gen durch verschiedene Subunternehmer, verbracht, mit dem verbleibenden Arbeitszeitanteil lediglich kleinere Rohbau-, Zimmerer- und Dachdeckerarbeiten sowie anteilige kaufmå¤nnische Leistungen ausgefå¼hrt. Zum Nachweis hierfå¼r wurde ausschlieå□lich der Mitarbeiter G. als Zeuge benannt. Trotz Anregung der Beklagten im Schriftsatz vom 8. Juni 2020 wurden Rechnungs- und Steuerunterlagen få¼r das Jahr 2013, nebst Vertrå¤gen mit Angaben zu den verrichteten Tå¤tigkeiten, nicht vorgelegt.

Nach der Aussage des Zeugen G. in der mündlichen Verhandlung vom 5. Oktober 2020 ergibt sich für den Senat nichts Belastbares dafür, dass die Firma der Klägerin in dem streitgegenständlichen Jahr 2013 nicht überwiegend Bauleistungen erbracht hat. Die Bekundung des Zeugen G. war in weiten Teilen unbestimmt und ungenau, in ihrem Kern nicht greifbar und zur Veranschaulichung der VerhĤltnisse der Firma der KlĤgerin mangels nĤherer Detailangaben ungeeignet. Angaben konnte der Zeuge ohnehin nur fýr die Zeit ab der Aufnahme seiner Beschäuftigung bei der Kläugerin (Mai 2013) machen. An einzelne Bauprojekte vermochte er sich erst nach deutlichem Vorhalt seines Chefs, des GeschĤftsfļhrers der KlĤgerin E., zu erinnern. Den Umfang der TĤtigkeit, konkret die Anzahl der durchgefļhrten AuftrĤge, wusste er ebenso wenig, wie er Anzahl und Namen der Beschäxftigten der Kläxgerin sowie die der Subunternehmer zu benennen vermochte. Was seine eigene TÄxtigkeit anbelangt, hat sich der Zeuge in Widersprüche verwickelt, zu den entscheidungserheblichen Umständen fehlte ihm die Erinnerung. Einzig klar und wiederholt herausgestellt hat der Zeuge mit Bestimmtheit, dass die Mitarbeiter der Klägerin überwiegend â∏∏ zu ca. 75 % â□□ beobachtende TÃxtigkeiten in Bezug auf die Arbeiten der Subunternehmer auf den Baustellen verrichtet hÄxtten. Im Zusammenspiel mit den sonstigen, sehr vagen Bekundungen des Zeugen drÄxngt sich die Frage der Glaubhaftigkeit gerade dieser Aussage geradezu auf.

Demgegen $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber ergeben sich aus den von der Beklagten mit Schriftsatz vom 8. Juni 2020 vorgelegten Unterlagen Hinweise f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r ein \tilde{A}_{\square} berwiegen der Bauleistungen.

Zunächst ergeben sich aus den von der Beklagten vorgelegten Besichtigungsberichten von Baustellen der Klägerin vom 10. September 2013 und 8. Oktober 2013 (H-Stadt, H-StraÃ□e; Besichtigungen am 9. September 2013 und 2. Oktober 2013), vom 8. Oktober 2013 (J Stadt, J-StraÃ□e; Besichtigung am 7. Oktober 2013) und vom 6. Dezember 2013 (K-Stadt, K-StraÃ□e; Besichtigung am 5. Dezember 2013) keinerlei Anhaltspunkte dafþr, dass die jeweils angetroffenen Arbeitnehmer der Klägerin für die Ã□berwachung vermeintlicher Subunternehmer tätig gewesen sind. Anwesend waren ausweislich der Berichte der Zeuge G., ein weiterer Mitarbeiter L. und der Geschäftsführer E. selbst, der letztlich auch als Bauleiter bezeichnet wurde. Bei einer nur kontrollierenden

Tätigkeit von Subunternehmen hätte es im Rahmen einer Baustellenbegehung durch die Beklagte nahegelegen, den oder die für die Einhaltung der Arbeitsschutz- und ArbeitssicherheitsmaÃ□nahmen Verantwortlichen â□□ allein schon unter dem Aspekt der möglichen Auferlegung eines BuÃ□geldes (§ 209 Abs. 1 Nr. 1, 2 SGB VII) â□□ zu benennen. Jedenfalls für die vorgenannten Baustellen geht der Senat daher davon aus, dass es sich um eigene Bauleistungen der Klägerin gehandelt hat, die erbracht worden sind.

Gegen eine überwiegende Kontrolltätigkeit der ordnungsgemäÃ□en Ausführung von Werkverträgen sprechen zudem die Ermittlungen des Hauptzollamtes Darmstadt ab dem 16. Juli 2013, die zu dem Strafverfahren gegen den Geschäftsführer der Klägerin vor dem Amtsgericht Rüsselsheim (Az.: 21 Ds-600 Js 50419/13) â□□ derzeit wohl in der Berufungsinstanz â□□ geführt haben. Aus dem Schlussbericht des Hauptzollamtes vom 7. Juli 2017 ergibt sich, dass gegen zwei auf der Baustelle der Klägerin in der J-StraÃ□e in A-Stadt arbeitende rumänische Staatsangehörige, die als Beschäftigte angesehen wurden, aufgrund der Gesamtumstände Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Beschäftigungsaufnahme ohne Arbeitsgenehmigung eingeleitet worden sind.

Gegen ein \tilde{A}_{\Box} berwiegen baufremder $T\tilde{A}_{\ddot{a}}$ tigkeiten erachtet der Senat im \tilde{A}_{\Box} brigen die Bestandskraft der Veranlagungsbescheide vom 8. Juni 2011 und 25. November 2011, deren Ab $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ nderung die Kl $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ gerin gem $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ 160 Abs. 2 SGB VII wegen zu hoher Gefahrklasseneinstufung (als Folge der ausschlie \tilde{A}_{\Box} lich angenommenen Erbringung von Bauleistungen) jedenfalls bis zum Abschluss des erstinstanzlichen Verfahrens nicht beantragt hatte. \tilde{A}_{\Box} ber die Verminderung der Beitr $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ ge zur gesetzlichen Unfallversicherung hinaus h $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ tte in $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ konomischer Hinsicht auch die aus $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ 354 SGB III folgende Umlagepflicht die Kl $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ gerin zur Mitteilung veranlassen m $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ 4ssen, dass von ihr nicht $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ 4berwiegend relevante Bauleistungen erbracht werden. Dies ist jedoch $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ 4ber viele Jahre hinweg nicht geschehen. Soweit der Vertreter der Kl $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ gerin in der m $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ 4ndlichen Verhandlung vom 5. Oktober 2020 auf eine laufende \tilde{a}_{\Box} im Einzelnen noch streitige \tilde{a}_{\Box} Neuberechnung der Beitr $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ ge, auch f $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ 4r die Vergangenheit, hingewiesen hat, ist dies f $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ 4r dieses Verfahren ohne Bedeutung und bedurfte keiner weiteren Aufkl $\tilde{A}_{\ddot{a}}$ rung.

Wenn nach alledem ein Ã□berwiegen baufremder Tätigkeiten nicht bereits ausgeschlossen ist, verbleiben jedenfalls erhebliche Zweifel, welche Tätigkeit bei der Klägerin letztlich überwiegt. Nach der Vermutungsregelung des <u>§ 101 Abs. 3 Satz 1 SGB III</u> wirkt sich dies zu ihren Lasten aus, weshalb (auch) von einem Baugewerbe auszugehen ist.

Eine Sofortmeldung ist für den Versicherten nach Auskunft der DRV Bund vom 15. Januar 2014 zu keinem Zeitpunkt erfolgt, weder zu der Aufnahme seiner geringfügigen Beschäftigung am 23. April 2012 noch bei seinem Wechsel in ein reguläres abhängiges Beschäftigungsverhältnis (vgl. Bl. 3 RS, 4a RS, 12, 13 RS der Verwaltungsakte der Beklagten). Aus welchem Grund die Klägerin die Sofortmeldung unterlassen hat, ist ohne Belang, auf Verschulden kommt es in dieser Hinsicht nicht an.

Soweit die Klägerin im erstinstanzlichen Verfahren (noch) behauptet hat, eine Sofortmeldung abgegeben zu haben, fehlt es an einem die Mitteilung der DRV Bund widerlegenden Nachweis. Die Folgen der â\[\] im Ergebnis â\[\] Nichterweislichkeit der Meldung hat die Klägerin zu tragen. Kann ein behaupteter Sachverhalt nicht nachgewiesen werden, so geht dies nach dem im sozialgerichtlichen Verfahren geltenden Grundsatz der objektiven Beweislast zu Lasten des Beteiligten, der aus diesem Sachverhalt Rechte herleitet, bei den anspruchsbegrýndenden Tatsachen also zu Lasten des jeweiligen Klägers (BSG vom 27. Juni 1991 â\[\] 2 RU 31/90; B. Schmidt in Meyer-Ladewig u.a., SGG, 13. Aufl. 2020, § 103 Rn. 19a).

Aufgrund des VerstoÄ es gegen die Verpflichtung zur Sofortmeldung gilt gem Ä Ä 110 Abs. 1a Satz 2 SGB VII die Vermutung der Schwarzarbeit. Diese Vermutung vermochte die Kläzgerin auch nicht zu widerlegen.

Die Widerlegung der Vermutung ist dabei zunächst möglich (§ 202 SGG i.V.m. § 292 Zivilprozessordnung: Knickrehm/Kreikebohm/Waltermann/von Koppenfels-Spies, 6. Aufl. 2019, SGB VII § 110 Rn. 13), wobei die Widerlegungslast und -initiative bei den Unternehmern liegt und wegen der Gegebenheiten im Schwarzarbeitsbereich einen strengen MaÃ□stab verlangt (KassKomm/Ricke, 106. EL September 2019, SGB VII § 110 Rn. 28).Â

Im Gegenteil haben die Ermittlungen der Beklagten im Verwaltungsverfahren und auch die der DRV Hessen im Rahmen der am 13. November 2015 erfolgten Betriebsprüfung bei der Klägerin eine nicht ordnungsgemäÃ∏e Beitragsabführung â∏ auch über den Fall des Versicherten hinaus â∏ sogar bestätigt. So ist die Klägerin der sich aus <u>§ 165 Abs. 1 SGB VII</u> ergebenden Verpflichtung, nach Ablauf eines Kalenderjahres die Arbeitsentgelte der Versicherten und die geleisteten Arbeitsstunden mit dem Lohnnachweis nach § 99 SGB IV zu melden, für das Jahr 2013 nicht bis zu dem insoweit maÃ∏geblichen 11. Februar 2014 nachgekommen. Die daraufhin von der Beklagten vorgenommene SchÃxtzung der BeitrÃxge (Bescheid vom 25. April 2014 / 1.156,80 Euro), auf die die Klägerin, was die angenommene Lohnsumme von 11.000,00 Euro anbelangt, nicht reagierte, erwies sich im Nachhinein als unrichtig. Nach dem Ergebnis der Betriebsprüfung der DRV Hessen betrugen die beitragspflichtigen Arbeitsentgelte tatsÃxchlich 57.023,00 Euro, also 46.023,00 Euro mehr, was zu einer Beitragsnachforderung für das Jahr 2013 von 3.034,19 Euro geführt hat. Dass die Klägerin für das Jahr 2013 Beiträge nicht in der richtigen Höhe und auch nicht rechtzeitig erbracht hat, steht damit über eine bloÃ∏e Vermutung hinaus sogar fest. Die Begleichung der (rückständigen) Beitragsforderungen für das Jahr 2013 im Nachhinein ändert an dem der Beklagten zustehenden Regressanspruch aus <u>§ 110 Abs. 1a SGB VII</u> im Ã∏brigen nichts.

Nach alledem steht der Beklagten ein Regressanspruch in Höhe der geleisteten Aufwendungen zu. Die geltend gemachte Forderung von 73.580,54 Euro besteht dabei zu Recht, die einzelnen Rechnungsposten wurden von der Beklagten im Einzelnen nachgewiesen. Insoweit verweist der Senat auf deren Schriftsatz vom 3. Juli 2020 nebst Anlagen (Bl. 421 bis 586 der Gerichtsakte, Bd. II).Â

Der Anspruch ist entgegen der Auffassung der Klägerin auch nicht verjährt. Gem. <u>§ 113 Satz 1 SGB VII</u> gilt die regelmäÃ□ige Verjährungsfrist von drei Jahren (<u>§ 195</u> Bþrgerliches Gesetzbuch), die im Zeitpunkt der Bescheiderteilung am 24. Juli 2015 offensichtlich noch nicht verstrichen war.Â

Die Berufung war insgesamt zurĹ⁄4ckzuweisen.

Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 197a Abs. SGG</u> i.V.m. <u>§ 154 Abs. 2</u> Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).Â

Erstellt am: 29.12.2021

Zuletzt verändert am: 22.12.2024